

WIRTSCHAFTSCHRONIK**I. QUARTAL 1996**

Die Bemühungen der Wirtschaftspolitik konzentrieren sich international auf die Kürzung von Leistungen oder Erhöhung von Tarifen zur Entlastung vor allem der Sozialbudgets. Daneben stehen Versuche, durch Zinssenkungen und Sozialabkommen die Konjunktur zu stimulieren oder zumindest das Wachstum der Arbeitslosigkeit zu bremsen.

2. Jänner: In Deutschland steigen mit Jahresbeginn die Telefon- und Pakettarife. Die Beiträge zur Rentenversicherung erhöhen sich von 18,6% auf 19,2%, jene zur Pflegeversicherung ab Juli von 1,0% auf 1,7%. Das Kindergeld wird geringfügig angehoben.

AUSLAND

22. Jänner: Anlässlich ihrer Tagung in Brüssel fassen die EU-Finanzminister weder eine Verschiebung des Inkrafttretens der Währungsunion mit 1. Jänner 1999 noch eine Aufweichung der Konvergenzkriterien ins Auge.

30. Jänner: Das von der deutschen Bundesregierung beschlossene „Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze“ enthält ab 1. Jänner 1997 eine aufkommensneutrale Unternehmensteuerreform, die Abschaffung der unternehmensbezogenen Vermögensteuer und die Reform der Erbschaftsteuer. Mitte 1997 folgt die Verringerung des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer von 7,5% auf 5,5%; nach 1998 sollen die Steuersätze gesenkt werden.

Diese Maßnahmen sollen durch Abschaffung von Steuerbegünstigungen und Sonderregelungen sowie durch Wahrung strikter Ausgabendisziplin finanziert werden. Weiters müssen öffentliche Betriebe künftig wie private Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer zahlen.

Zur Senkung des Sozialaufwands sollen die Frühverrentung abgebaut sowie die Berufsunfähigkeitsrenten reformiert und die Krankenhauskosten gesenkt werden. Ferner sind Einsparungen in der Pflegeversicherung vorgesehen sowie eine Verkürzung des Anspruchs auf Kuraufenthalte auf drei Wochen unter Verlängerung der Mindestintervalle von drei auf vier Jahre.

In Abstimmung mit den deutschen Maßnahmen beschließt auch die französische Regierung ein Konjunkturprogramm. Die Zinsen für den Sparkassenbrief „Livret A“ werden von 4½% auf 3½% zurückgenommen, worauf auch die Ge-

Abgeschlossen am 31. März 1996.

schäftsbanken die Kreditzinsen senken. Auch die Banque de France setzt den Zinssatz für Taggeld auf 4¼% herab. Die Regierung erhofft eine Reduktion der außergewöhnlich hohen Sparquote und damit eine Ankurbelung des privaten Konsums.

31. Jänner: Die Federal Reserve Bank der USA nimmt den Diskontsatz von 5¼% auf 5% zurück. Der Taggeldsatz sinkt von 5½% auf 5¼%. Schon tags zuvor reduzierte die Deutsche Bundesbank den Reposatz von 3,55% auf 3,40%.

Entgegen ihren früheren Auffassungen geht die französische Regierung dazu über, nicht nur eine Arbeitszeitverkürzung für Beamte ins Auge zu fassen, sondern solche Vorhaben der Arbeitsmarktparteien auch in der Privatwirtschaft zu ermutigen.

7. Februar: Die Niederlande schaffen per 1. März die gesetzliche Krankenversicherung ab. Die Unternehmer werden allerdings verpflichtet, den Beschäftigten im Krankheitsfall den Lohn ein Jahr lang weiterzuzahlen. Für ein solches Ereignis kann sich der Arbeitgeber versichern.

9. Februar: Der Deutsche Bundestag beschließt das Gesetz zur Reform der Sozialhilfe: Diese wird um ein Viertel gekürzt, wenn der Empfänger die Annahme einer zumutbaren Arbeit verweigert. Grundsätzlich muß sie künftig um mindestens 15% unter den Nettoeinkommen der niedrigsten Lohngruppen liegen.

11. Februar: Die französische Regierung schreibt ab dem Jahr 2000 verpflichtend Äthanol und Diester als pflanzlichen Benzin- und Dieselzusatz vor. Mit der Einführung dieser teuren Zusätze kommt sie den Wünschen der Landwirtschaft entgegen.

13. Februar: Die deutsche Bundesregierung, die Gewerkschaften und die Unternehmervereinigung einigen sich auf eine Reform der Frührente nach Arbeitslosigkeit. An ihre Stelle tritt eine Altersteilzeitbeschäftigung, für welche das halbe bisherige Entgelt gewährt wird; dazu kommt ein Zuschuß aus der Arbeitslosenversicherung von netto 20%. Diese Leistung kann ab dem 55. Lebensjahr in Anspruch genommen werden. Die Arbeitgeber verpflichten sich, entsprechende Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Das Mindestalter für den Anspruch auf Frührente nach Arbeitslosigkeit wird bis 1997 schrittweise auf 63 Jahre angehoben.

Wird eine normale Altersrente früher als mit 65 Jahren in Anspruch genommen, so erfolgt ein jährlicher Abschlag von 3,6%.

1. März: In Bangkok treffen im Rahmen des Asien-Europagipfels die Vertreter der 7 ASEAN-Länder sowie Chinas, Japans und Südkoreas mit jenen der 15 EU-Staaten zu einem informellen Meinungs austausch zusammen.

4. März: Die Europäische Kommission lehnt die Einführung von Okozöllen zum Ausgleich von Wettbewerbs-

nachteilen ab. Nach einer Mitteilung der Kommissare Sir Leon Brittan und Ritt Bjerregaard an den Rat und das Parlament liegen keine Beweise für Umweltdumping oder außergewöhnlich starke Abwanderung von Produktionsbetrieben in „Verschmutzungshäfen“ vor.

30. März: In Turin beginnt die Regierungskonferenz der EU. Erste Diskussionspunkte sind der „Rinderwahnsinn“ sowie das Arbeitslosenproblem.

Der EU-Ministerrat beschließt die „Entsendungsrichtlinien“. Danach müssen künftig für – von einem Unternehmen in ein anderes Mitgliedsland – entsandte Arbeitskräfte die Mindestlöhne des jeweiligen Landes gezahlt werden.

ÖSTERREICH

Zu Jahresbeginn stand Österreich im Zeichen der Verhandlungen über eine neue Bundesregierung, bestehend aus SPÖ und ÖVP, sowie des sofort in Angriff genommenen Sparpakets.

2. Jänner: Finanzminister Andreas Staribacher gibt seinen Rücktritt bekannt. Sein Nachfolger wird der bisherige Verkehrsminister Viktor Klima.

Für die ÖBB wird ein außerbudgetärer Investitionsrahmen von 60 Mrd. S genehmigt.

23. Jänner: Die Regierung beschließt, den seit August 1995 bestehenden Aufnahmestopp für den öffentlichen Dienst bis 30. April 1996 zu verlängern und zugleich zu verschärfen.

26. Jänner: Die Oesterreichische Nationalbank senkt den Zinssatz für Offenmarktgeschäfte (GOMEX) von 3,75% auf 3,65%. Gleichzeitig wird ein Mengentender zum Zinssatz von 3,55% (zuletzt 3,65%) angeboten.

2. Februar: Die Oesterreichische Nationalbank senkt den GOMEX neuerlich, und zwar auf 3,5%.

5. Februar: SPÖ und ÖVP einigen sich auf das von der „Vierergruppe“ (Klima, Ditz, Stix und Sausgruber) ausgearbeitete Budgetsanierungsprogramm für 1996 und 1997. Es sieht für diesen Zeitraum Einsparungen im Ausmaß von 66,7 Mrd. S sowie Einnahmenerhöhungen von 33 Mrd. S vor.

12. Februar: Finanzminister Klima und die Vertreter der Kreditwirtschaft beschließen, daß ab 1. Juli 1996 keine anonymen Wertpapierdepots mehr errichtet werden können. Auch auf bestehende Konten darf nicht mehr anonym zugekauft werden.

13. Februar: Die EU-Kommission richtet an die österreichische Bundesregierung ein Schreiben, daß anonyme Wertpapierkonten wie auch anonyme Sparsbücher

nicht den EU-Vorschriften entsprechen und daher abgeschafft werden müssen

19. Februar: Im Rahmen der Wirtschaftspolitischen Aussprache präsentiert die Bundesregierung ein Programm zur Belebung der Wirtschaft und zur Sicherung der Arbeitsplätze. Einschließlich der Entlastung aus steuerlichen Begünstigungen sollen der Wirtschaft jährlich 20 Mrd. S zufließen. Dadurch können bis zum Jahr 2000 80.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden.

1. März: Das Arbeitsmarktservice beginnt sein mit den Sozialpartnern entwickeltes Sonderprogramm zur Förderung langzeitarbeitsloser. Jedem Betrieb, der einen vorgemerkten langzeitarbeitslosen einstellt, refundiert das Arbeitsmarktservice bis zu ein Jahr lang 20% des Bruttoentgelts.

SPO und ÖVP bringen einen Initiativantrag über eine Bonus-Malusregelung für ältere Arbeitnehmer ein. Bei Einstellung eines Arbeitslosen ist ab dessen 50. Lebensjahr nur der halbe Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung abzuführen, ab dem 55. entfällt er vollständig. Bei Kündigung eines älteren Arbeitnehmers ist ein Strafbetrag zu zahlen: Zu einem Grundbetrag von 0,1% des Bruttolohnes kommt ab dem 50. Lebensjahr pro Quartal zusätzlich 0,1 Prozentpunkt bis zur Obergrenze von 3%. Dieser Prozentsatz ergibt dann, multipliziert mit den verbleibenden Monaten bis zum Frühpensionsalter, den Strafzuschlag

4. März: Die ersten drei Firmen der Maculan-Bauholding stellen den Insolvenzantrag. Die Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns in Österreich und Deutschland werden auf 10 Mrd. S geschätzt.

6. März: Künftig soll in Österreich auf Autobahnen Maut eingehoben werden, und zwar über ein System von Vignetten. Diese kosten im Jahr für Motorräder 220 S und für Pkw 550 S. Touristen zahlen für 2 Monate 150 S. Die Kosten für Lkw bis 7,5 t betragen 6.000 S, für größere Fahrzeuge etwa 16.000 S.

8. März: SPO und ÖVP einigen sich auf die Bildung einer neuen Regierung, die aus 14 Ministern (einschließlich des Bundeskanzlers) und 2 Staatssekretären bestehen wird. Damit werden 4 Regierungsposten eingespart. Das Verkehrsministerium wird dem Wissenschaftsministerium unter Rudolf Scholten (SPO) angegliedert, die Agenden des Familienministeriums dem Umweltressort unter Martin Bartenstein (ÖVP). Die Staatssekretariate für EU und Sport werden abgeschafft.

Die Bank Austria senkt die Zinsen für täglich fällige Einlagen von 2% auf 1¾%, jene für das Kapitalsparbuch mit einer Laufzeit von 1 Jahr von 3½% auf 3¼% und jene für eine Laufzeit von 2 Jahren von 4% auf 3¾%.

9. März: Die Minister Klima und Ditz vereinbaren mit den Personalvertretern der ÖBB eine Nulllohnrunde für 1997. Darüber hinaus wird der Pensionssicherungsbeitrag für alle Aktiven und Pensionisten mit 1. Juli 1996 auf 3% und mit 1. Juli 1999 auf 4% erhöht.

12. März: Nach Abschluß des Koalitionspaktes zwischen SPO und ÖVP wird die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Vranitzky und Vizekanzler Schüssel von Bundespräsident Klestil angelobt.

13. März: Der Nationalrat beschließt die Bonus-Malusregelung für ältere Arbeitnehmer, welche mit 1. April in Kraft treten wird. Die Sonderunterstützung für Frauen ab 54 Jahren und Männer ab 59 Jahren läuft aus.

18. März: Die Befragung der Mitglieder der burgenländischen Arbeiterkammer über die Aufrechterhaltung der Pflichtmitgliedschaft ergibt eine Zustimmung von 93,2% bei einer Wahlbeteiligung von 75,3%.

22. März: Die vorgesehene Beteiligung der südkoreanischen Firma Daewoo an Steyr Daimler Puch kommt nicht zustande.

26. März: Die Finanzreferenten der Bundesländer beschließen in Rust eine neue leistungsorientierte Spitalfinanzierung. Danach werden nicht mehr die im Spital verbrachten Tage verrechnet, sondern die erbrachte Leistung. Darüber hinaus akzeptieren die Länder einen gesamtösterreichischen Krankenanstaltenplan, der vom Gesundheitsministerium erstellt wird.

Im Länderrating der Zeitschrift „Euromoney“ hat Österreich Großbritannien und Frankreich überholt und ist auf Rang 8 der 181 bewerteten Länder vorgestoßen.

28. März: Angesichts der revidierten Wachstumsprognose des WIFO von 0,7% für 1996 erklärt die Bundesregierung, die drohende Flaute mit wachsender Arbeitslosigkeit durch Infrastrukturprojekte zu bekämpfen. In den nächsten vier Jahren sollen dafür 90 Mrd. S aufgewandt werden.

29. März: Die neue Spitalfinanzierung wird nunmehr von Bund, Ländern, Gemeinden und der Sozialversicherung beschlossen.

Die Mitgliederbefragung der Kärntner Arbeiterkammer zur Pflichtmitgliedschaft ergibt eine Zustimmung von 92,3% bei einer Wahlbeteiligung von 60,3%.